

NIEDERSCHRIFT

3 / 2020

GREMIUM

Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

SITZUNGSTERMIN

Donnerstag, 24.09.2020, 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr

SITZUNGSORT

Käthe-Kollwitz-Gesamtschule, Dammwiese 8, 44532
Lünen, Mensa

VORSITZ

Vorsitzender Paul Jahnke (CDU)

ANWESEND

ABWEICHENDE ANWESENHEIT

Norbert Janßen (SPD)
Holger Kahl (SPD)
Werner Stenzel (SPD)
Martin Weiberg (SPD)
Daniel Wolski (SPD)
Martina Meier (SPD)
Martin Püschel (SPD)
Dirk Hinz (CDU)
Karl-Heinz Pisula (CDU)
Daniel Pöter (CDU)
Gerhard Hagedorn (CDU)
Dr. Ulrich Böhmer (GFL)
Reinhard Zeiger (GFL)
Otto Korte (GFL)
Renate Schulze-Matthée (Bü90/Die Grünen)
Marc Frieling (Bü90/Die Grünen)
Ludger Auferoth (FDP)
Jürgen Plenge
Michael Teichert

ENTSCHULDIGT ABWESEND

ANWESEND VON DER VERWALTUNG

Beigeordneter Arnold Reeker	
Peter Heiber	Straßenbau
Benjamin Köttendorf	Leitung Mobilität und Verkehrslenkung
Hendrik Lütke-Brintrup	Leitung Straßenbau
Wolfgang Starost	Ordnungsangelegenheiten und Verkehrsüberwachung

GÄSTE

STELLV. MITGLIEDER

SCHRIFTFÜHRUNG

Andreas Fenske

Die SPD-Fraktion ist mit nur sieben Mitgliedern anwesend. Ein Vertreter der Fraktion Piraten/Freie Wähler nimmt nicht an der Sitzung teil. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder beträgt somit 18.

Die Leitung / Stellvertr. Leitung der Feuerwehr lassen sich entschuldigen. Herr Jahnke erwähnt die Gründe.

Über die Vorlage VL-72/2020 zur Dortmunder Straße sollte zuvor in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 15.09.2020 ein Beschluss gefasst werden.

Dies ist nicht erfolgt, die Beschlussvorlage wird von der Tagesordnung genommen.

Die Vorlage VL-141/2020 zur Straße „Kreikenhof“ enthält einen Fehler.

Der Bitte der Verwaltung, diese Vorlage von der Tagesordnungspunkt zu nehmen, wird entsprochen.

Die Vorlage VL-161/2020 zur Parkraumbewirtschaftung ist keine Beschlussempfehlung für den Rat. Die Vorlage wird verschoben und unter I Nr. 16 als Beschlussangelegenheit in eigener Zuständigkeit behandelt.

Herr Auferoth bittet darum, die Punkte I Nr. 1 und 2 (Radwegeverbindung von Brambauer nach DO-Brechten bzw. – Mengede) von der Tagesordnung zu nehmen und darüber in einer nachfolgenden Ausschusssitzung zu beschließen.

Herr Auferoth verweist auf den TOP IV Nr. 1 mit einer Mitteilung über die laufende Mobilitätsplanung. In diese umfassende Planung sollten auch die beiden angeregten Radwegeverbindungen einbezogen werden.

Herr Reeker weist darauf hin, dass es sich jeweils um einen Bürgerantrag nach § 24 GO handelt. Entsprechend der Zuständigkeitsordnung erfolgte zunächst im Juni eine Behandlung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit Verweisung an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung.

Eine Vertagung und somit eine noch längere Wartezeit sollte vermieden werden.

Herr Jahnke lässt über den Antrag auf Absetzung der beiden Tagesordnungspunkte abstimmen. Mit nur einer Gegenstimme der FDP spricht sich der Ausschuss dafür aus, die beiden Anträge zu behandeln und darüber zu beschließen.

Herr Wolski weist darauf hin, dass in der Vergangenheit mit einem Sachstandsbericht der ZGL zu den Feuerwehrgerätehäusern ein regelmäßig wiederkehrender Tagesordnungspunkt beschlossen worden ist.

Eine solche Mitteilung fehlt in der Tagesordnung.

Herr Jahnke gibt an, dass auch ihm dieses Fehlen nach Erhalt der Einladung und Tagesordnung aufgefallen ist. Auf Nachfrage sei durch die Verwaltung geantwortet worden, dass ein durch ZGL erstellter Sachbericht durch den Bürgermeister nicht zur Veröffentlichung freigegeben wurde.

Herr Püschel ergänzt, dass eine inhaltlich gleichlautende Aussage durch den Betriebsleiter ZGL im dortigen Betriebsausschuss gemacht wurde.

Frau Schule-Matthée zitiert die Zuständigkeitsordnung. Nach dieser sind die Belange der Feuerwehr im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zu behandeln. Sie sieht durch die verantwortlich handelnde Person einen Verstoß gegen die Zuständigkeitsordnung gegeben.

ÖFFENTLICHER TEIL

I BESCHLUSSANGELEGENHEITEN IN EIGENER ZUSTÄNDIGKEIT

1. AB-11/2020 1. Ergänzung

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO i. S. Radwegeverbindung von Brambauer nach Dortmund-Brechten

Herr Köttendorf begrüßt einen Prüfauftrag, eine Radwegeverbindung von Brambauer nach Brechten bzw. Mengede zu prüfen. Eine Umsetzung des erstgenannten Vorhabens wird als einfacher zu realisieren eingeschätzt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung, eine durchgängige Radwegeverbindung von Brambauer nach Dortmund-Brechten entlang der Brechtener Straße zu prüfen.

Abstimmungsergebnis Mit einer Enthaltung der FDP einstimmig beschlossen.

2. AB-12/2020 1. Ergänzung

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO i. S. Radwegeverbindung von Brambauer nach Dortmund Mengede

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der Stadt Dortmund eine durchgängige Radwegeverbindung von Brambauer nach Dortmund-Mengede zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: Mit einer Enthaltung der FDP einstimmig beschlossen.

3. AB-16/2020 1. Ergänzung

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO i. S. Kurzzeitparkplätze im Bereich Münsterstraße

Herr Gefromm und Herr Auferoth sprechen sich zur Stärkung des Einzelhandels für den Antrag des City Ring Lünen aus. Insbesondere durch die Vielzahl an entsprechenden Angeboten (Ärzte, Apotheke, Sanitätshaus) sei ein höherer Bedarf an Kurzzeitparkplätzen gegeben.

Herr Reeker macht deutlich, dass mit den vorhandenen vier Behindertenparkplätzen eine vergleichsweise große Anzahl an Parkplätzen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität angeboten wird. Die Besonderheit des Angebotes im unmittelbaren Umfeld sei damit berücksichtigt worden. Er verweist darauf, dass durch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt in seiner Sitzung am 15.09. der dort ebenfalls beratene Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist.

Herr Püschel kritisiert, dass mit der Umgestaltung der Persiluhrrpassage und nachfolgendem Einzug der Stadtbücherei ein Anziehungspunkt geschaffen wird, ohne dass die Ge-

samtsituation des Umfeldes verbessert werde. Er fordert, dass die gesamte nördliche Innenstadt aufgewertet werden müsse.

Die Notwendigkeit zur Aufwertung dieses Bereiches wird auch durch die Verwaltung gesehen und bestätigt.

Herr Köttendorf erinnert daran, dass sich der Rat der Stadt Lünen einstimmig den Zielen des Klima- und Umweltschutz verpflichtet hat. Die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen stehe dem entgegen. Zudem würde damit Parksuchverkehr in die nördliche Innenstadt gezogen und das Risiko erhöht, Raum für regelwidriges Parken zu bieten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung, in der nördlichen Innenstadt zwischen dem Hotel an der Persiluhr und der Konrad-Adenauer-Straße zum Teil mit Fahrradständern überbaute Parkplätze für Kurzzeitparkplätze zu reaktivieren. Die frei gewordenen Fahrradständer sollten dann in der Fußgängerzone zielgerichtet eingebaut werden.

Abstimmungsergebnis:	dafür	: 6 (1 FDP, 5 CDU)
	dagegen	: 12 (7 SPD, 3 GFL, 2 Bündnis 90/Grüne)
	Enthaltung	: keine

4. VL-72/2020

Dortmunder Straße (zwischen Konrad-Adenauer-Straße und Moltkestraße) und Graf-Haeseler-Straße (zwischen Konrad-Adenauer-Straße und Dortmunder Straße)
hier: Beschluss über Art und Umfang der Baumaßnahme

Die Beschlussvorlage ist von der Tagesordnung genommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt nach der durchgeführten Anliegerbeteiligung für die Dortmunder Straße (zwischen Konrad-Adenauer-Straße und Moltkestraße) und der Graf-Haeseler-Straße (zwischen Konrad-Adenauer-Straße und Dortmunder Straße) die Erneuerung der Verkehrsflächen und der Beleuchtung im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung nach KAG.

Abstimmungsergebnis	Die Beschlussvorlage ist von der Tagesordnung genommen. Es erfolgt keine Abstimmung.
---------------------	---

5. VL-114/2020

Widmung von Straßenflächen für den öffentlichen Verkehr

- hier: 1. Alfred-Meermann-Straße
2. Brunnenstraße

Herr Auferoth bittet darum, die rechtliche Grundlage zu erläutern.

Herr Jahnke schlägt vor, dies durch die Fachabteilung beantworten zu lassen und als Ergänzung zum Protokoll zu nehmen.

(sh. Anmerkung 1 zur Niederschrift)

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt die Widmung nachfolgender im Eigentum der Stadt Lünen stehender Gemeindewege / -straßen / -plätze gem. § 6 Straßen- und Wegegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen für den öffentlichen Verkehr mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Widmungsverfügung.

Alfred-Meermann-Straße Gemarkung Altlünen, Flur 14, Flurstücke 2709, 2710, 2714 und 2718
Die Widmung beschränkt sich auf den Anliegerverkehr.

Brunnenstraße Gemarkung Brambauer, Flur 1, Flurstücke 1401 tlw., 1406 tlw., 1409 tlw., 1410, 1412 tlw., 1415, 1453 tlw., 1452 tlw., 1451 tlw.
Gemarkung Lippholthausen, Flur 1, Flurstücke 1000 tlw. und 1002 tlw.

Abstimmungsergebnis: Mit einer Enthaltung der FDP einstimmig beschlossen.

6. VL-117/2020

Alternatives Beteiligungsverfahren bei einfachen Straßenbaumaßnahmen im Rahmen von § 8 a Abs. 3 und 4 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

Frau Schulze-Matthée gibt zu Protokoll, dass sie die nachfolgenden Beschlussvorschläge zum KAG ablehnen werde, in denen das alternative Beteiligungsverfahren durch die Verwaltung bereits zur Anwendung gekommen ist.

Es hätte nach ihrer Ansicht zunächst der Ausschuss das alternative Beteiligungsverfahren beschließen müssen, um daran anschließend durch die Abteilung Straßenbau angewendet zu werden.

In vorliegenden Fällen sei es genau umgekehrt erfolgt, d.h. erst ist das Beteiligungsverfahren geändert worden und nun erst erfolge ein Beschlussvorschlag für den Ausschuss.

Zum anderen erklärt Frau Schulze-Matthée das ihr der Begriff „geringfügige Straßenbaumaßnahme“ zu unbestimmt sei und dessen Auslegung nun allein der Verwaltung vorbehalten ist.

Anders als früher seien durch Bürger erfolgte Anregungen und Einwände in den vorliegenden Beschlussvorlagen auch nicht erwähnt. Sie bittet darum, dass diese als Anlage zur Niederschrift genommen werden. Herr Reeker sagt dies zu.

(sh. Anmerkung 2 zur Niederschrift)

Künftig werden Anregungen und Einwände wieder mit in die Beschlussvorlage aufgenommen.

Herr Reeker stellt klar, dass die Verwaltung nicht auf eine Beteiligung der Bürger verzichten will. Es gehe lediglich um eine für alle Betroffenen vermutlich einfachere und praktikablere Umsetzung.

Es werde kein Nachteil darin gesehen, dass Bürger mittels eines Schreibens informiert werden, um dann ihrerseits z.B. schriftlich, per email oder telefonisch reagieren zu können, eine Beteiligung somit nicht im Rahmen einer öffentlichen Versammlung erfolge.

Es wird von Herrn Reeker vorgeschlagen, nach Ablauf eines Jahres dem Ausschuss einen Bericht zu geben, welche Erfahrungen mit dem alternativen Beteiligungsverfahren gemacht worden sind.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt zukünftig die verpflichtende Bürgerbeteiligung nach § 8 a Abs. 3 und 4 KAG NW für nachfolgend aufgeführte geringfügige Straßenbaumaßnahmen

- a) Ersatz der Straßenbeleuchtung
 - b) Wiederherstellung der Fahrbahn nach Kanalbau
- in Form einer schriftlichen Information durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Mit drei Gegenstimmen (2 Bündnis 90/Grüne, 1 FDP) ohne Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

7. VL-140/2020

Brombeerenweg

hier: Beschluss über Art und Umfang der Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung zur KAG

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung die Straßenbeleuchtung in der Straße „Brombeerenweg“ zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: dafür : 6 SPD, 5 CDU
dagegen : 3 GFL, 2 Bündnis 90/Grüne, 1. FDP, 1 SPD
Enthaltung : keine

8. VL-141/2020

Kreikenhof im Abschnitt zwischen Baukelweg und HsNr. 24

hier: Beschluss über Art und Umfang der Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung zur KAG

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung die Straßenbeleuchtung in der Straße „Kreikenhof“ zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage ist von der Tagesordnung genommen.
Es erfolgt keine Abstimmung.

9. VL-142/2020

Ligusterweg

hier: Beschluss über Art und Umfang der Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung zur KAG

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung die Straßenbeleuchtung in der Straße „Ligusterweg“ zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: dafür : 6 SPD, 5 CDU
dagegen : 3 GFL, 2 Bündnis 90/Grüne, 1. FDP, 1 SPD
Enthaltung : keine

10. VL-143/2020

Feldstraße

hier: 2. Änderung des Bauprogramms zur Abrechnung nach KAG

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt die 2. Änderung des Bauprogramms der Feldstraße zur Abrechnung nach KAG.

Abstimmungsergebnis: dafür	: 6 SPD, 5 CDU
dagegen	: 3 GFL, 2 Bündnis 90/Grüne, 1. FDP, 1 SPD
Enthaltung	: keine

11. VL-144/2020

Moltkestraße, Erneuerung des Stiches zum "Förderzentrum Nord"

hier: Beschluss über Art und Umfang der Erneuerung der Verkehrsflächen und der Beleuchtung im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung nach KAG

Die im Rahmen der erfolgten Bürgerbeteiligung erbrachten Anregungen und Einwände werden als Anmerkung Nr. 3 zur Niederschrift genommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt über Art und Umfang der Erneuerung der Verkehrsflächen und der Beleuchtung in der Moltkestraße im Stichweg zum Förderzentrum Nord im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung nach KAG.

Abstimmungsergebnis: dafür	: 7 SPD, 5 CDU, 2 Bündnis 90/Grüne, 1 FDP
dagegen	: 3 GFL,
Enthaltung	: keine

12. VL-145/2020

Lilienweg

hier: Beschluss über Art und Umfang der Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung zur KAG

Herr Hagedorn macht darauf aufmerksam, dass verschiedene Kosten beziffert sind. Im Anschreiben an die Anlieger sind 62.000 Euro ausgewiesen, in der Beschlussvorlage 85.000 Euro.

Durch die Verwaltung wird die Vorlage zurück genommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung die Straßenbeleuchtung in der Straße „Lilienweg“ zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage ist von der Tagesordnung genommen. Es erfolgt keine Abstimmung

13. VL-147/2020

Nelkenweg

hier: Beschluss über Art und Umfang der Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung zur KAG

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung die Straßenbeleuchtung in der Straße „Nelkenweg“ zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: dafür	: 7 SPD, 5 CDU, 2 Bündnis 90/Grüne, 1 FDP
dagegen	: 3 GFL,
Enthaltung	: keine

14. VL-148/2020

Rotdornweg

hier: Beschluss über Art und Umfang der Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung zur KAG

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung die Straßenbeleuchtung in der Straße „Rotdornweg“ zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: dafür	: 7 SPD, 5 CDU, 2 Bündnis 90/Grüne, 1 FDP
dagegen	: 3 GFL,
Enthaltung	: keine

15. VL-149/2020

Weißdornweg

hier: Beschluss über Art und Umfang der Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Rahmen des Bauprogramms zur Abrechnung zur KAG

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beauftragt die Verwaltung die Straßenbeleuchtung in der Straße „Weißdornweg“ zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: dafür	: 7 SPD, 5 CDU, 2 Bündnis 90/Grüne, 1 FDP
dagegen	: 3 GFL,
Enthaltung	: keine

16. VL-161/2020

Aussetzen der Parkraumbewirtschaftung

hier: Verlängerung bis zum 31.12.2020

Herr Jahnke führt an, dass ihm keine Kommune bekannt sei, in der aktuell aufgrund der Corona – Pandemie auf eine Parkraumbewirtschaftung verzichtet wird.

Herr Reeker bestätigt, dass auch die Verwaltung keinen besonderen Grund für eine Verlängerung der aktuellen Ausnahmeregelung sehe.

Beschluss:

Alternative 1:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt, die Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet Lünen bis zum 31.12.2020 weiterhin auszusetzen.

Abstimmungsergebnis: dafür	: 1 SPD, 3 GFL
dagegen	: 6 SPD, 5 CDU, 2 Bündnis 90/Grüne, 1 FDP
Enthaltung	: keine

Beschluss:

Alternative 2:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt, die Aussetzung der Parkraumbewirtschaftung nicht über den 30.09.2020 hinaus zu verlängern.

Abstimmungsergebnis: dafür	: 6 SPD, 5 CDU, 2 Bündnis 90/Grüne, 1 FDP
dagegen	: 1 SPD, 3 GFL
Enthaltung	: keine

II BESCHLUSSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN RAT

1. VL-90/2020

Verkehrssicherheitskampagne „Liebe braucht Abstand“

hier: Deklaration zur Verkehrssicherheitskonferenz am 12. Februar 2020

Empfehlung:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung spricht sich für die Deklaration zur Verkehrssicherheit in der Stadt Lünen aus und empfiehlt dem Rat der Stadt Lünen diese zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Ohne Enthaltung einstimmig beschlossen.
--

III BESCHLUSSEMPFEHLUNG FÜR EINEN AUSSCHUSS

IV MITTEILUNGEN DER VERWALTUNG

1. MI-96/2020

Bericht über laufende Mobilitätsplanungen

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. MI-97/2020

Münsterstraße

hier: Bericht über durchgeführte Maßnahmen und Versetzen von Ortstafeln in Lünen-

Abstimmungsergebnis:

3. MI-98/2020

Bericht über laufende Maßnahmen Lichtsignalanlagen

Herr Wolski fragt nach, ob an der Kreuzung der Königsheide mit der Lenastraße bzw. Reichsweg eine Veränderung an der LSA vorgenommen worden ist. Die Situation habe sich für die einmündenden Nebenstraßen verschlechtert.

Herr Köttendorf äußert die Vermutung, dass dies in der Durchführung des Deckenprogramms durch die Abteilung Straßen begründet ist.

Stellungnahme der Verwaltung :

Im Nachgang zur Sitzung wurde diese Aussage bestätigt und zur Ergänzung der Niederschrift konkretisiert.

An der Kreuzung wurde im Juli / August d.J. eine Deckensanierung durchgeführt. Seit dem Entfernen der Schleifen hat die Anlage keine Verbindung mehr zum Verkehrsrechner und läuft im Ortsbetrieb. Der Einbau von neuen Induktionsschleifen wurde am 09.09.2020 beauftragt.

4. MI-102/2020

Einrichtung eines Sirennetzes

hier: Fertigstellung des Warnsystems im Stadtgebiet Lünen

Herr Starost ergänzt die schriftliche Mitteilung mit Hinblick auf den zwei Wochen zuvor am 10.09. erfolgten bundesweiten Warntag. Von den 28 über das Lünen Stadtgebiet verteilten Sirenen hat eine nicht funktioniert.

Es wird durch Mitglieder des Ausschusses mehrfach der Eindruck geschildert, dass die Warntöne allgemein, also nicht nur auf Lünen bezogen, als vergleichsweise leise empfunden wurden. Sirenenwarnungen in früheren Jahren sind als deutlich lauter in Erinnerung geblieben. Diese Einschätzung wird durch die Verwaltung geteilt.

Mit den beteiligten Firmen werde noch gesprochen. Es ist jedoch nicht von einem technischen Fehler auszugehen.

5. MI-106/2020

Möglichkeiten einer zentralen Laser- und Lichtshow an Silvester

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6. MI-108/2020

Prüfauftrag: Antrag GFL vom 28.04.2020, AF 31 / 2020 S&O vom 17.06.2020

Hier: Lanstroper Straße; Gehweg und weitere Maßnahmen

Herr Reeker erklärt auf Nachfrage, dass keine Fußgängerzählung erfolgt ist. Die Anzahl der Nutzer in diesem Bereich wird als vergleichsweise gering eingeschätzt. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass die Nutzung nach einem Ausbau steige. Letztendlich müsse die Politik entscheiden, ob die zur Umsetzung des Vorhabens genannten Kosten in Höhe von 172.000 Euro in den Haushalt eingebracht werden sollen.

7. MI-110/2020

LKW-Durchfahrtsverbot Waltroper Straße
hier: Mitteilung zum weiteren Vorgehen

Herr Köttendorf gibt an, dass durch den Landesbetrieb Straßen eine abschließende Stellungnahme der Stadt gefordert ist. Eine diesbezügliche Verwaltungsvorlage wird für die nächste Ausschusssitzung angekündigt.

8. MI-111/2020

Grünpfeile für Autofahrer

Herr Gefromm erinnert daran, dass im Rahmen der Einführung des „grünen Pfeils“ auch innerhalb des Lüner Stadtgebietes im Jahr 1990 ein Ratsbeschluss getroffen worden ist. Er kritisiert, dass im Verlauf der letzten Jahre ohnehin viele dieser Zusatzschilder abmontiert worden sind und nun die letzten folgen sollen. Dies solle nun ohne weiteren Ratsbeschluss erfolgen, sondern werde lediglich mit einer Mitteilung der Verwaltung kommuniziert. .

Herr Köttendorf und Herr Reeker geben an, dass die erwarteten Effekte über eine Verbesserung des Verkehrsflusses in der Regel höher eingeschätzt werden, als sie in der Praxis tatsächlich gegeben sind. Das Gefährdungspotential für querende Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ist jedoch deutlich erhöht.

Derartige verkehrslenkenden Maßnahmen bedürfen zu einer Änderung auch keines Ratsbeschlusses, sondern können von der Straßenverkehrsbehörde angeordnet werden.

Herr Wolski fragt daraufhin an, welche Möglichkeiten der Ausschuss hat, um eine solche Anordnung der Straßenverkehrsbehörde verhindern zu können.

Herr Reeker erklärt, dass die Schilder mit dem grünen Pfeil zunächst bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung verbleiben können.

Wenn dies von einer Fraktion dauerhaft gewünscht wird, bestünde somit bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung ausreichend Zeit, eine entsprechende politische Initiative zu ergreifen.

Herr Jahnke bittet darum, dass durch die Verwaltung konkrete Zahlen angeführt werden, welche Anzahl an Unfällen an Kreuzungen mit dem grünen Pfeil aufgetreten ist.

Anmerkung der Verwaltung :

Eine nachfolgende Prüfung hat ergeben, dass Zahlen über eine Unfallhäufigkeit an Kreuzungen mit grünem Pfeil nicht vorliegen.

Herr Auferoth bittet um Aufnahme in das Protokoll, an welchen Kreuzungen in der Vergangenheit der grüne Pfeil angebracht war.

sh. Anmerkung Nr. 4 am Ende der Niederschrift

9. MI-112/2020

Bericht über die laufenden Maßnahmen (34. KW)

1. Feldstraße
2. Am Freistuhl / Diebecker Weg
3. Schützenstraße
4. Holtgrevenstraße
5. Deckenprogramm Hauptverkehrsstraßen

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10. MI-114/2020

Achenbachstraße

Bericht zur Verkehrsschau

Herr Köttendorf erteilt einen mündlichen Bericht.

Die Verkehrsschau wurde am 28.07.2020 unter Teilnahme der Straßenverkehrsbehörde der Stadt, des Kreises und der Bez. Reg. Arnberg durchgeführt. Folgende Veränderungen wurden festgelegt :

- Entfernung Tempo-30-Zone
- Aufstellung Höchstgeschwindigkeit 30 km/h
- LKW-Durchfahrtsverbot in Starweg und Taubenweg entfernen
- Bordsteinabsenkung im Knotenpunktbereich Mengender Straße sowie Verlegung des Radweges näher zum Knotenpunkt
- Austausch div. Schilder aufgrund von Verschleiß und schlechter Lesbarkeit
- Entfernung überflüssiger Schilder
- Verlegung des Parkens auf die Fahrbahn, um die gefahrene Geschwindigkeit zu reduzieren (analog zum westlichen Abschnitt der Straße)

11. MI-116/2020

Bürgerbeteiligungsformate

hier: Vorgehen des Dezernates IV unter den gegenwärtigen Einschränkungen aufgrund der Pandemielage

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

V ANTRÄGE

1. AF-56/2020

Antrag der GFL-Fraktion vom 15.06.2020 i.S. Tempo 30 in der Jägerstraße

Herr Korte zieht für die GFL den Antrag zurück.

Herr Wolski bittet darum, die Begründung für Tempo 30 in der Jägerstraße als Anlage zur Niederschrift zu nehmen.

sh. Anmerkung Nr. 5 am Ende der Niederschrift

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, auf der gesamten Länge der Jägerstraße in Lünen-Süd von der Bebelstraße bis Höhe Autobahn A 2 Tempo 30 km/h einzuführen und entsprechend auszuschildern.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag ist zurückgenommen.
Es erfolgt keine Abstimmung.

2. AF-57/2020

Antrag der GFL-Fraktion vom 16.06.2020 i.S. Schaffung von Parkraum an der Karl-Marsiske-Straße

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob an der Karl-Marsiske-Straße im Bereich von der Karl-Haarmann-Straße bis zur Riethstraße der bestehende Grünstreifen in einen Parkstreifen umgewandelt werden kann. In diesem Zuge soll auch geprüft werden, ob die Altglas- bzw. Altkleidercontainer verlegt werden können.

Abstimmungsergebnis: Mit zwei Enthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen einstimmig beschlossen.

3. AF-70/2020

Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 26.08.2020 i.S. Bodycams für komm. Mitarbeiterin der Ordnungspartnerschaft

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten für die Ausstattung der städtischen Ordnungspartner mit Bodycams zu ermitteln und das Ergebnis der Politik rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2021 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. AF-73/2020

Antrag der GFL-Fraktion vom 07.09.2020 i.S. Unterbindung öffentlichen Urinierens am Hauptbahnhof

Mehrere Ausschussmitglieder äußern die Meinung, dass nur mit Errichtung einer öffentlichen Toilette das Problem in den Griff zu bekommen ist. Es wird angeregt, der Verwal-

tung einen dahingehenden Prüfauftrag zu erteilen. In einer späteren Ausschusssitzung sollen dann die Kosten für Investition und Betrieb dargelegt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt die Verwaltung mit einer Prüfung über die Möglichkeit zur Errichtung einer öffentlichen Toilettenanlage in der Nähe des Hauptbahnhofes zu beauftragen.

In einer nachfolgenden Sitzung ist dem Ausschuss Bericht zu erteilen, dabei sollen insbesondere die Kosten für Investition und Unterhalt dargelegt werden.

ursprünglicher Beschlusstext (nur nachrichtlich :)

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, Möglichkeiten aufzuzeigen, dass öffentliche Urinieren im Nahbereich des Hauptbahnhofes zu minimieren bzw. zu unterbinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. AF-74/2020

Antrag der GFL-Fraktion vom 07.09.2020 i.S. Baumaßnahme Roggenmarkt und Baustellenmanagement

Auch wenn es sich lediglich um eine Anfrage und nicht um einen Antrag handelt, wird die Vorlage AF-74/2020 zu diesem Zeitpunkt durch Herrn Lütke-Brintrup beantwortet. Auf Nachfrage wird bestätigt, dass die Maßnahme nicht KAG-fähig ist.

6. AF-75/2020

Antrag SDP i.S. Aufwertung - Weiterentwicklung Ordnungspartnerschaft zu Komm. Ordnungsdienst

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt, die Verwaltung zu beauftragen,

1. bis zu den Stellenplanberatungen für den Haushalt 2021 den Stellenbedarf zur Erhöhung der im Streifendienst tätigen kommunalen Ordnungspartnerschaftskräfte unter der Voraussetzung darzustellen, dass künftig neben dem Bereich Lünen-Mitte die Stadtteile unabhängig und im Mittel für mindestens 16 Stunden wöchentlich/je Region Nord/Brambauer/Süd bestreift werden können. Darüber hinaus soll auch in Urlaubszeiten der Mitarbeiter eine kontinuierliche Aufgabenwahrnehmung möglich sein.

2. bis zu den Haushalts- und Stellenplanberatungen für das Jahr 2022 ein beschlussreifes Konzept zur Weiterentwicklung der kommunalen Ordnungspartnerschaftsstreifen zu einem KOD vorzulegen. Hierbei ist sowohl der Bedarf an operativen, wie auch an Stabsstellen sowie notwendigen Investitionen in die Ausstattung zu berücksichtigen. Vor der Sommerpause erwartet der Ausschuss einen Zwischenbericht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

7. AF-76/2020

Antrag SDP i.S. Ausweitung der bestehenden Ordnungspartnerschaft

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, kurzfristig mit den in Lünen vertretenen Wohnungsbaugesellschaften, der VKU sowie der Deutschen Bahn Gespräche über deren „Einbindung“ in die bestehende Ordnungspartnerschaft zu führen und dem Ausschuss bis zu ersten Sitzung im Jahr 2021 ein Ergebnis zu präsentieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

VI BEANTWORTUNG VON SCHRIFTLICHEN ANFRAGEN

1. AF-77/2020

Anfrage Fraktion Bündnis 90-Grüne vom 01.09.2020 i.S. unerlaubte Abfallablagerungen

Herr Reeker gibt an, dass zu diesem Sachverhalt durch WBL eine Stellungnahme erfolgt ist.

Die Stellungnahme von WBL ist als Anmerkung Nr. 6 am Ende der Niederschrift aufgeführt.

VII MÜNDLICHE ANFRAGEN

Frau Meier spricht einen starken Rattenbefall in Brambauer, konkret in der Lorenzstraße, an. Durch die Stadt sei eine Stellungnahme erfolgt. Diese Antwort habe den Beschwerdeführer jedoch nicht zufrieden gestellt. Auch nach dem Einsatz eines professionellen Schädlingsbekämpfers sei das Problem mit den Ratten nicht gelöst.

Durch mehrere Mitglieder des Ausschusses wird Frau Meier entgegnet, dass die Ratten letztendlich der angebotenen Nahrung folgen. Sei es durch Speisereste, die über die Toilette in die Kanalisation gelangen oder angebotenes Futter, auch wenn dies eigentlich anderen Tieren zugeordnet ist.

Oftmals seien es die unmittelbaren Anwohner, die durch eigenes Fehlverhalten den Rattenbefall zumindest verstärken, wenn nicht sogar hervorrufen.

Herr Janßen fragt nach der Radwegesituation in der Dortmunder Straße zwischen der Frieden- und Parkstraße. Dort käme es häufig zu gefährlichen Situation zwischen zu Fuß gehenden Personen und Radfahrer*innen.

Durch die Verwaltung wird geantwortet, dass dort weder ein eigener Radweg noch ein gemeinsamer Fuß-/Radweg besteht, sondern ein Schutzstreifen auf der Fahrbahn.

Es wird vermutet, dass aktuell viele Radfahrer*innen durch die derzeitige Baumaßnahme mit Ampelregelung auf den Gehweg ausweichen.

Eine Überprüfung der Beschilderung wird zugesagt.

Nachfolgend spricht Herr Janßen das Problem mit Vandalismus im Tobias- und im Lippepark an. Herr Starost verdeutlicht, dass Täter nur herangezogen werden können, wenn diese in flagranti erwischt werden. Dies wie auch ein Abschreckungseffekt könne nur mit vermehrten Kontrollen erzielt werden. Ein zusätzlicher Sicherheitsdienst ist bereits im Einsatz.

Herr Jahnke ergänzt, dass nur ein verstärkter Personaleinsatz helfen könne. Die dazu nötigen finanziellen Mittel im städtischen Haushalt bereit zu stellen, sei Aufgabe der Politik.

Das Thema Kosten wird von den Herren Janßen und Wolski aufgegriffen. Sie bitten darum, die Kosten für die Errichtung eines Zauns rund um den Horstmarer See und die begleitende Überwachung als Information an den Ausschuss zu erbringen.

Herr Hinz kritisiert die Situation an der Viktoriastraße zwischen der Wilhelm- und Rathenastraße. Nach den erfolgten Bauarbeiten sammle sich dort bei Regen das Wasser noch stärker als zuvor. Auch die Vibrationen innerhalb der Häuser durch vorbeifahrende Fahrzeuge haben zugenommen. Seiner Auffassung nach liege das an einer mangelhaften Bauausführung.

Herr Lütke-Brintrup gibt an, dass die Baumaßnahme noch der Gewährleistung unterliegt. Die Prüfung des Sachverhaltes wird zugesagt.

Ergänzung zur Niederschrift :

Das Vorliegen eines Mangels wird durch die Abteilung Straßenbau bestätigt. Das bauausführende Unternehmen ist kontaktiert und um Behebung im Rahmen der Gewährleistungspflicht gebeten worden. Eine Umsetzung soll kurzfristig erfolgen.

Lünen, den 25.09.2020

Paul Jahnke
Vorsitzender

Andreas Fenske
Schriftführer

Anmerkung Nr. 1

hier : VL-114/2020 , Widmung von Straßenflächen für den öffentlichen Verkehr

1. Alfred-Meermann-Straße
2. Brunnenstraße

Widmungsgrundlage und zeitliche Spanne bei übernommenen Straßenflächen zwischen Eigentumsübergang an die Stadt Lünen und Widmung

Rechtsgrundlage für die öffentliche Widmung von Straße ist das Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW). Der Widmungsakt ist die Allgemeinverfügung, durch die Straßen, Wege und Plätze die Eigenschaft einer öffentlichen Straße erhalten. Durch die Widmung wird der Gebrauch der Straße jedermann gestattet (Gemeingebrauch). In der Widmung kann auch geregelt werden, dass Verkehrsflächen nur eingeschränkt öffentlich genutzt werden (z. B. Anliegerverkehr, Fußgänger- oder Radfahrerverkehr).

Durch Grundstücksübertragungsvertrag an die Stadt Lünen übertragene Straßenflächen gehen mit dem Tag der Unterzeichnung in das Eigentum der Stadt Lünen über. Ab diesem Zeitpunkt ist die Stadt unterhaltungspflichtig.

Bereits ab diesem Zeitpunkt wird die WBL mit der Straßenreinigung beauftragt.

Die Gehwegreinigung wird in Lünen per Satzung auf die Anlieger übertragen. Diese Verpflichtung obliegt den Anliegern tatsächlich erst mit Widmung der Straße.

Der Beschluss zur Widmung durch den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung erfolgt in der Regel nach Bekanntwerden der Notwendigkeit zum nächstmöglichen Sitzungstermin. Nach positiver Beschlussfassung und Veröffentlichung des Protokolls wird die Widmungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Lünen veröffentlicht. Erst nach dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung gilt die Straße als öffentlich gewidmet.

Anmerkung Nr. 2 :

hier : VL-117/20 , Alternatives Beteiligungsverfahren bei einfachen Straßenbaumaßnahmen im Rahmen von § 8 a Abs. 3 und 4 Kommunalabgabengesetz für das Land NRW

In einigen Erneuerungsmaßnahmen sind entweder keine Reaktion erfolgt bzw. wenn, dann mit Bezug auf KAG und den sich voraussichtlich ergebenden Kosten.

Ein Anlieger hat auch nach mehrfacher Erläuterungen des besonderen Sachverhaltes eines Eckgrundstückes die Beschreitung des Rechtsweges angekündigt.

Anmerkung Nr. 3 :

hier : VL-144/2020 , Moltkestraße, Erneuerung des Stiches zum Förderzentrum Nord

Eine Bürgerbeteiligung zum Stich Moltkestraße wurde im Besprechungsraum der Abteilung 4.6 am 27.08.2020 durchgeführt.

Teilnehmer:

Eine Vertreterin der Stadtwerke Lünen, zwei Vertreter für den LSV Tennis Lünen und zwei Kolleginnen der Abteilung Straßenbau –

Den Anwesenden wurde von Frau Herdickerhoff die Baumaßnahme erläutert. Von Seiten der Vertreter des LSV wurde gebeten, dass während der Baumaßnahme die Zufahrt zu den Tennisplätzen ermöglicht wird, weiterhin baten die Vertreter von hier zu prüfen, ob im Rahmen des Ausbaus auch der Parkplatz an der Tennishalle instandgesetzt werden kann.

Von Frau Gries wurde der Sachverhalt KAG erläutert. Speziell erfolgte die Frage nach einer Ratenzahlung von Seiten der Vertreter des LSV. Der Sachverhalt wurde ebenfalls ausdrücklich erläutert, insbesondere, wann eine Antragstellung hierzu erfolgen sollte.

Weitere Anmerkungen und Nachfragen ergaben sich nicht.